



Bettina Hagedorn
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

 (030) 227 – 73 832

 (030) 227 – 76 920

 bettina.hagedorn@bundestag.de

Pressemitteilung

Berlin, 01.04.09

Hagedorn „Wer im Glashaus sitzt, der sollte nicht mit Steinen werfen“
Kreis bedient sich zu Lasten von Städten und Gemeinden an Konjunkturpaket II-Mitteln

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Bettina Hagedorn teilt die in den letzten Tagen laut gewordene Kritik am Land Schleswig-Holstein, nicht zügig genug die Richtlinien zur Umsetzung des Konjunkturpakets II festgezurr zu haben. Im gleichen Zug mahnt Hagedorn aber auch den Landrat: „Man sollte nicht mit Steinen werfen, wenn man im Glashaus sitzt!“ Vielmehr sollte der Landrat auch seinerseits dafür sorgen, dass die Verteilung der Bundesmittel in kreiseigener Zuständigkeit so organisiert wird, dass es auch maßgeblich in den Städten und Gemeinden ankommt – dazu gehört auch, dass ein gerechter Verteilungsschlüssel zwischen dem Kreis einerseits und den Städten und Gemeinden andererseits, insbesondere im Hinblick auf die Berechnung der Berufsschülerzahl, gefunden wird.“

Alleiniges Ziel des Konjunkturpaketes II ist es, die Arbeitsplätze der Menschen vor Ort zu sichern. Zwischen Bund und Ländern wurde deshalb im Februar vereinbart, dass 50 Prozent der Mittel noch 2009 bei den Betrieben ankommen sollen. Diese Mittel sollen die Kommunen im Mai und Juni dank der durch den Bund gelockerten Vergabeordnung schnell und unbürokratisch in Form öffentlicher Aufträge vergeben können. Hagedorn: „Dieses Ziel ist bei einem guten Willen auf allen politischen Ebenen immer noch erreichbar und sollte im Interesse des Handwerks nicht leichtfertig aufgegeben werden. Deshalb appelliere ich gerade jetzt an alle Akteure, an einem Strang zu ziehen. Wenn alle mitmachen, kann das Geld im Mai fließen.“

Die Bundestagsabgeordnete, die auch stellvertretende kommunalpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion ist, macht darauf aufmerksam,

dass neben der Notwendigkeit einer schnellen Umsetzung, auch Augenmerk auf die faire Verteilung der Mittel gelegt werden muss. Bereits Anfang Februar hatte Hagedorn sich dafür stark gemacht, dass die zu vergebenden Mittel im Bildungsbereich statt nach der Einwohnerzahl nach der Zahl der Schüler und Kindergartenplätzen verteilt werden. Sie macht darauf aufmerksam, dass nach dem jetzt vom Kreis gewählten Schlüssel die Verteilung „in der kommunalen Familie“ nur scheinbar fair verlaufe, in Wirklichkeit aber bevorzugt die Finanzstärke des Kreises stärke und damit die Investitionskraft der Städte und Gemeinden schwächere. Bei der vom Landrat am 30. März verkündeten beabsichtigten Verteilung der Mittel, setzt dieser nämlich die vom Kreis betreuten Berufsschüler mit Schülerinnen und Schülern an allgemeinbildenden Schulen gleich. Da Berufsschüler (ausgenommen diejenigen, die ihr Abitur nachholen) im Normalfall jedoch nur einen Tag pro Woche in der Schule sind und sich somit verschiedene Gruppen die gleichen Räume teilen, ergibt sich eine ungerechtfertigt hohe Zuteilungsquote zu Gunsten des Kreises. Hagedorn: „Mit diesem Rechenrick fasst der Kreis Ostholstein den Städten und Gemeinden „in die Tasche“. Wirklich gerecht und kommunalfreundlich wäre es, wenn die Zahl der Berufsschüler, die nicht ihren Schulabschluss nachholen, durch 5 geteilt würde. Dann könnten auch erheblich höhere Fördermittel wirklich bei den Städten und Gemeinden im ländlichen Raum ankommen.“

Bereits im Februar hatte Bettina Hagedorn kritisiert, dass das Kieler Kabinett auch typische Landesaufgaben wie Investitionen in Krankenhäuser und den Breitbandausbau als „kommunale Ausgaben“ deklarierte und damit den Kommunen bereits gut 40 Mio. Euro ‚verloren‘ gingen. (Siehe Pressemitteilung „Konjunkturprogramm des Bundes vorrangig für Kommunen“, vom 12.02.2009). Hagedorn: „Ich bestreite nicht, dass es bei typischen Landesaufgaben wie Krankenhäusern und dem Breitbandausbau einerseits, als auch bei Kreisaufgaben wie den Berufsschulen andererseits einen Investitionsbedarf gibt – allerdings darf dieser nicht zu Lasten der Kommunen gedeckt werden! Der Kreis Ostholstein sollte sich auch gerade deshalb nicht auf Kosten der Städte und Gemeinden an diesen Bundesmitteln bedienen, da er erst im Dezember 2008 den Städten und Gemeinden durch die Erhöhung der Kreisumlage Investitionskraft in Höhe von 5 Mio. Euro entzogen hat, um sich in Zeiten einer Konjunkturkrise mit diesem Geld zu entschulden.“